

TITELTHEMA: PRIVATISIERUNG DER BILDUNG HLZ 10/2008

Bildung ist keine Ware

Die Privatisierung der Bildung gefährdet die Demokratie

Privatisierung ist kein neues Phänomen. Eine erste Welle von Privatisierungen öffentlichen Eigentums gab es bereits in den achtziger Jahren, zum Beispiel unter Margaret Thatcher in Großbritannien. Grundlage waren zwei Überlegungen:

- Mit den Privatisierungen sollten ganz schlicht Einnahmen erzielt werden. In Zeiten schwachen Wirtschaftswachstums und verschuldeter Haushalte sind die Erlöse aus Privatisierungen willkommene Möglichkeiten, neben den Einnahmen aus Steuern und Kreditaufnahmen zusätzliche Finanzmittel für den Staat zu bekommen.
- Spätestens seit Anfang der achtziger Jahre hat es eine Meinungsumschwung in der Politik gegeben; Die neoliberale Ökonomie, die an den wirtschaftswissenschaftlichen Lehrstühlen der Universitäten langsam aber sicher auf dem Vormarsch war, fand Einzug in die praktische Politik.

Demokratischer Einfluss auf dem Rückzug

Die Diskussion um die Privatisierung von Bildung hat in Deutschland in den letzten Jahren an Schwung gewonnen. Als die Weltbank in den achtziger Jahren ihre Privatisierungsstrategie forcierte, war die Privatisierung der Bildung nur ein kleiner Teil davon. Sie war aber zugleich ein integraler Bestandteil der neoliberalen Ideologie, die den Markt als das beste aller Regulierungssysteme ansieht: Was gut für ökonomische Gebiete wie die Infrastruktur ist, muss gut sein für Gesundheit, Energieversorgung, Alterssicherung und eben auch für das Bildungswesen.

Privatisierung kann auf verschiedenen Wegen erfolgen. Am meisten verbreitet ist der Verkauf von öffentlichen Unternehmen. Das bekannteste Beispiel ist die Privatisierung der Telekommunikationsunternehmen, die ursprünglich vom Staat gegründet und betrieben wurden. Im Rahmen der Privatisierung wurden zunächst die Organisationsstruktur geändert (Umwandlung in eine Aktiengesellschaft) und Unternehmensanteile auf dem Kapitalmarkt verkauft. Schließlich hatten es die Unternehmen im Zuge der Marktöffnung mit Wettbewerbern zu tun. Am Ende des Privatisierungsprozesses gab es in der Regel weniger Beschäftigte, geringere Preise für Telekommunikationsdienstleistungen, manchmal bessere Qualität, vor allem aber Gewinne für die neuen Eigentümer der Unternehmen. Der Staat verlor bei allen Privatisierungsmaßnahmen seinen (demokratischen) Einfluss und der Privatsektor erhöhte seine Gewinnmöglichkeiten.

Schleichende Umgestaltung im Bildungswesen

Im Bildungsbereich ist das anders. Hier geht es nicht um den Verkauf von öffentlichen

Unternehmen, sondern um die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien in den Bildungsbereich. Hinzu kommt das Ziel, öffentliche Ausgaben für Bildung zu senken und private Ausgaben für Bildung zu erhöhen. Betroffen sind alle Bereiche: vom Kindergarten über Schulen und Hochschulen bis zur Weiterbildung.

Im Bildungswesen findet eine schleichende Umgestaltung statt. Wettbewerb und Effizienz sind die zentralen Schlagwörter. Interessanterweise sind die einzelnen Schritte der Privatisierung als solche häufig gar nicht richtig erkennbar. Bildung selbst wird unter dem Ziel gesehen, marktkonforme Ergebnisse zu erzielen.

Wichtige Akteure, die sich für eine marktwirtschaftliche Umgestaltung des Bildungswesens in Deutschland einsetzen, finden sich in der Bertelsmann Stiftung, beim Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), im Institut der deutschen Wirtschaft (IW), dem Aktionsrat Bildung der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw), bei der vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall finanzierten Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, beim Ifo-Institut und bei wenigen, aber offensichtlich einflussreichen Ökonomen wie Ludger Wößmann von der Universität München.

In einer Studie für die Bildungsinternationale, den weltweiten Zusammenschluss der Bildungsgewerkschaften, beschreiben die englischen Bildungsforscher Steven Ball und Deborah Youdell den schleichenden Charakter der Privatisierung:

„Privatisierung im Bildungswesen und Privatisierung von Bildungseinrichtungen bleiben oft versteckt und werden nicht öffentlich debattiert. Im ersten Fall werden die Techniken und Praktiken nicht Privatisierung genannt, im zweiten Fall ist die Privatisierung öffentlich nicht bekannt oder wird nicht als solche verstanden.“

Mythos der Marktüberlegenheit

Die neoliberale Ideologie entfaltet seit geraumer Zeit ihre Wirkung. Die laufend wiederholte Mär von der Überlegenheit des Marktes gegenüber dem öffentlichen Sektor scheint Früchte zu tragen. Warum soll sie nicht auch im Bildungswesen gelten? Den einen Teil des Diskurses beherrscht die Idee, dass der Staat seinen Einfluss auf den Märkten reduzieren soll. Dazu sollen Steuern und Schulden abgebaut werden. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wurde zum gemeinsamen Ziel der Politikerinnen und Politiker, von Medien und Öffentlichkeit weithin akzeptiert. Damit stehen aber gleichzeitig weniger öffentliche Mittel zu Verfügung: Weniger Steuern bedeuten größeren Druck für öffentliche Aufgaben und die öffentlichen Mittel reichen nicht für alle Anforderungen. Wer mehr Mittel zur Finanzierung von Bildungsreformen fordert, erhält als Antwort, dass mehr private Finanzmittel die Lücken füllen sollen.

Die öffentlichen Ausgaben für Bildung sind seit den siebziger Jahren deutlich gesunken. Um den gleichen Anteil der Ausgaben für allgemein bildende und berufliche Schulen am Bruttoinlandsprodukt wie in den siebziger Jahren zu erreichen, müssten jährlich rund 20 Milliarden Büro mehr ausgegeben werden (+40 %). Selbst um das Niveau von 1990 zu erreichen, wären noch 16 Milliarden Euro notwendig

(+32 %). Eine aktuelle Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung im Auftrag von DGB und GEW ergab einen zusätzlichen Finanzbedarf von rund 30 Milliarden Euro, um die wesentlichen Forderungen der Gewerkschaften für ein besseres Bildungswesen zu erfüllen (www.boeckler.de/pdf/fof/S-2008-88-2-1.pdf).

Als Bundespräsident forderte Roman Herzog schon 1997, dass Bildung in die Freiheit entlassen werden müsste. Insbesondere neoliberale Ökonomen fordern gebetsmühlenartig, die „staatlichen Fesseln“ zu sprengen. Eine Veröffentlichung des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) trägt den Titel „Die entfesselte Hochschule“. Erste Schritte können die Modularisierung und die Zertifizierung des Bildungsangebotes sein. Die Aufteilung in Module ermöglicht größere Flexibilität, die Zertifizierung eine Klassifizierung der erbrachten Leistungen. Im Hochschulbereich wird dies im Rahmen des Bologna-Prozesses und mit der Einführung von Credit Points bereits praktiziert.

Danach muss die „Ware“ Bildung „bepreist“ werden. Wenn Bildung kostenfrei bleibt, kann man nicht mit ihr handeln. Deshalb werden Gebühren, Bildungsgutscheine oder Bildungskonten eingeführt. Gleichzeitig gewähren Bund und Länder den Bildungseinrichtungen eine Budgetautonomie. Neben den Preisen benötigt man Vergleiche durch Rankings, Bestenlisten oder - wie im Hochschulbereich bereits praktiziert - Akkreditierungsagenturen, die als private Einrichtungen ohne demokratische Kontrolle arbeiten.

Auch wenn es im Bildungswesen nicht um den Verkauf von staatlichen Unternehmen geht, verändert es sich gravierend durch die Einführung von marktwirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten. Sie schaffen die Basis für den Markteintritt von anderen Anbietern. Studiengebühren erhöhen den Anreiz für private Anbieter, Hochschulen zu betreiben, obwohl private Hochschulen wie in Witten-Herdecke immer wieder staatliche Mittel benötigen. Andere Einrichtungen sind zu teuer und kommen über eine Starrphase nicht hinaus. Der Staat kann sich durch die Zunahme privater Bildungseinrichtungen weiter aus der Bildung zurückziehen.

„Bildung ist keine Ware. Sie ist ein Menschenrecht.“ Während sich der Leiter des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts (HWWT) Thomas Straubhaar dem ersten Teil dieser gewerkschaftlichen Parole noch anschließt, verrät sein zweiter Satz, wie neoliberale Ökonomen denken: „Bildung ist keine Ware. Sie ist eine Investition.“ Wer von Investitionen spricht, meint auch Profite aus den Investitionen. Und wer als „lernendes Individuum“ den Gewinn einstreicht, sollte dafür auch aus der eigenen Tasche zahlen.

Privatisierung von Bildung bedeutet auch Abbau von Demokratie, Mitbestimmungsrechten und Gestaltungsmöglichkeiten. Studierende können als Mitglieder ihrer Hochschule gesehen werden, die ihre Hochschule und ihre Bildung aktiv mitgestalten wollen. Definiert man sie als „Kundinnen und Kunden“, hat man ein klassisches ökonomisches Verhältnis von Anbietern (Hochschule) und Nachfragern (den Lernenden) erreicht.

Privatisierung ändert auch die Agenda des Lernens und Studierens: Marktrelevante Fähigkeiten werden wichtiger und bekommen größere Aufmerksamkeit. Studierende, die sich an ihrer Bildungsrendite orientieren, lernen, sich lukrative Studienfächer auszusuchen. Warum sollte sich noch jemand für vergangene Kulturen interessieren und Archäologie studieren - außer er kann es sich leisten -, wenn es ausschließlich auf den Gewinn der Bildung ankommt?

Privatisierung ist nicht nur ein formaler oder technischer Wechsel in der Art und Weise, wie eine Bildungseinrichtung gemanagt oder wie Bildung realisiert wird. Privatisierung verändert, was es bedeutet, Lehrender oder Studierender zu sein. Sie verändert, wer wir sind, und beeinflusst unser Denken, unser Verhalten, unsere Beziehungen zu anderen Lernenden und Lehrenden und das ganze Bildungsgefüge. Sie ist nicht nur eine Reform, sondern ein komplexer Transformationsprozess. Und wir stecken bereits mitten drin. Es ist schwierig, diesen Prozess zu erkennen. Es bleibt aber die Aufgabe, die versteckte Privatisierung ans Licht zu ziehen, zu analysieren und zu bekämpfen. Ansonsten werden wir unsere Gesellschaft in ein paar Jahren nicht wieder erkennen!

Gunter Quaißer

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und Mitglied der AG Bildungsfinanzierung des GEW-Hauptvorstandes.